

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### Kinderarmut per Gesetz ist verfassungswidrig

DIE LINKE begrüßt die Entscheidung des Bundessozialgerichts, nach der die Hartz-IV-Regelleistungen für Kinder gegen das Grundgesetz verstoßen. Das ist eine Ohrfeige für die Regierungen Merkel und Schröder. Nachdem die soziale Realität von Hartz IV in den Gerichten zur Kenntnis genommen wird, fehlt diese Einsicht nur noch aufseiten der Bundesregierung. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) – ihren Regierungskollegen manchmal weit voraus – forderte jüngst den Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf, er möge einen am Kindesbedarf orientierten Regelsatz für Kinder errechnen lassen – und sie hat Recht. Nur einen Tag später – im Kabinett – wurde sie von ihren Kollegen eingeholt. Für einen kurzen Moment hatte sie begriffen, dass die Verfassungswidrigkeit der Höhe der Kinderregelsätze in Hartz IV sonst bald auch vom Bundesverfassungsge-

richt bestätigt werden wird. Eine Karlsruher Blamage bliebe der Bundesregierung nur dann erspart, wenn sie umgehend reagiert und dem spezifischen Bedarf von Kindern endlich Rechnung trägt, so wie es DIE LINKE seit Langem fordert. Denn Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenem Bedarf. Die geringfügige Anhebung der Regelleistungen nach SGB II bzw. XII für sechs- bis 13-jährige Kinder im Konjunkturpaket II ist dafür nicht ausreichend, auch wenn Olaf Scholz dies behauptet. Diese Erhöhung ist eine noble Geste der Bundesregierung – mehr aber nicht. Kinder und Jugendliche unter sechs und über 13 Jahre in Hartz IV gehen durch die Beschlüsse des Konjunkturprogramms fast leer aus. Eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche ist durch das Konjunkturpaket nicht gelungen. Auch der Auftrag des Bundesrates, darin aktiv zu werden, bleibt unerfüllt. Es wird Zeit zu handeln! Bis

die Bundesregierung dem durch eine transparente Ermittlung des Kindesbedarfs gerecht wird, sollte sich eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche an dem orientieren, was der Paritätische Gesamtverband vorgelegt hat. Demnach müssen bis Fünfjährige 276 Euro und sechs- bis 13-Jährige 332 Euro statt bisher 211 Euro erhalten, während 14- bis 17-Jährige 358 Euro statt 281 Euro bekommen sollten. Erforderlich ist zudem eine sofortige Anhebung des Eckregelsatzes auf 435 Euro und dessen regelmäßige Anpassung entsprechend der Preisentwicklung.

Für ein menschenwürdiges Leben der Familien hält DIE LINKE eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung für unentbehrlich. <

## Angst kann lähmen...

Wer kennt das nicht? Bei einer friedlichen Demonstration gegen soziale und gesellschaftliche Missstände wird die Demonstration von der Polizei in einen Kessel genommen. Nach mehreren Drohgebärden und Provokationen kommt es zu Übergriffen vonseiten der Polizei.

Die Demonstration wird aufgelöst und nicht selten wird dabei brutale Gewalt, wenn auch meistens nur von vereinzelt Polizisten, eingesetzt. Was manche für einen einmaligen Vorfall halten, ist generelle Praxis bei Demonstrationen, die nicht im Fokus der breiten Öffentlichkeit stehen. So sei an die große Anti-Hartz-IV-Demonstration am 13. Oktober 2007 erinnert, bei der Polizisten einer 50-Jäh-

rigen das Becken brachen oder an die G8-Demonstration in Heiligendamm, wo Polizisten und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen und viel Gewalt versucht haben, jeglichen Protest zu unterdrücken. Kein Polizist wurde bisher dafür zur Rechenschaft gezogen. Und selbst wenn die Robocops von den eigenen Leuten gefilmt werden, wie sie mehrere Journalisten bei der 1.-Mai-Demonstration 2008 verprügelten, ist eine Verfolgung derjenigen sehr schwer.

Die Polizisten tragen nämlich nur eine Hundertschaftennummer auf ihrem Rücken, aber keine eindeutige, personell zugeordnete Nummer. Und selbst diese Hundertschaftennummer wird bei brenzligen Situationen wie beispiels-

weise beim G8 oder beim 1. Mai einfach abgenommen, so dass Straftäter in der Anonymität der grünen Uniformen verschwinden können und niemals zur Rechenschaft gezogen werden. Dagegen stellen wir uns als Linksjugend[´solid] nicht nur, weil wir schon zu oft Opfer von Polizeiübergriffen geworden sind, sondern auch weil wir Polizei-brutalität für einen Rechtsstaat nicht als angemessen sehen.

Deshalb fordern wir eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, damit nicht wieder Demonstranten mit Quarzsandhandschuhen malträtiert und misshandelt werden. Denn Angst kann lähmen, wenn der Rechtsstaat aussetzt!

*Linksjugend TF Nord*